

Die Arbeiter haben nichts zu verlieren als ihre Ketten, aber eine Welt zu gewinnen!

Der neue

V. b. b.
Preis 12 Groschen

MAHRUS

Kampfblatt der Werktätigen

2. Jahrgang

Wien - Graz, November 1930

Nummer 35

Zwölf Jahre Republik — Zwölf Jahre Knechtschaft!

Am 7. November feierte das russische Proletariat den dreizehnten Jahrestag der Oktoberrevolution, den Sturz der Herrschaft des Kapitalismus, des Großgrundbesitzes und der bürgerlichen Staatsmaschinerie. Das russische Proletariat ging den Weg Lenins, das österreichische Proletariat den Weg Bauers. Am 27. November 1918 schrieb Otto Bauer in der „Arbeiter-Zeitung“:

Der Versuch des russischen Proletariats, seine Diktatur über Rußland aufzurichten, hat Rußland in den Bürgerkrieg gestürzt, seine Wirtschaft zerrüttet, seine Kraft zerstört; kein Zweifel, daß es der Entente erliegen wird.

Sowjetrußland ist nicht der Entente erlegen und ist auch der Entente nicht tributpflichtig wie Oesterreich. Sowjetrußlands Wirtschaft ist nicht zerrüttet wie die kapitalistische Wirtschaft Oesterreichs, seine Kraft ruht dem internationalen Kapital und ruft dessen grimmigsten Haß gegen die Herrschaft des Proletariats hervor. Sowjetrußland baut die gigantischsten Betriebe, während in Oesterreich ein Großbetrieb nach dem andern die Tore schließt.

Wohl hat auch Sowjetrußland seine Schwächen; die insbesondere durch die unmarxistische, zentristische Schaufelpolitik Stalins zu einer ernstlichen Gefahr für den Bestand der proletarischen Diktatur werden. Aber die objektiven Schwierigkeiten der isolierten proletarischen Diktatur im kapitalistischen Meer, die durch die äalinistische Politik gefährdelt wurden, sind begründet in der Verzögerung der Weltrevolution. Der Sozialismus ist keine nationale, sondern eine internationale Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Dagegen sind die Wirtschaftskatastrophen, von denen Oesterreich und Europa erschüttert wird, Krisen der kapitalistischen Wirtschaft, die, deren historischen Niedergang und Zerfall verkünden.

Otto Bauer prophezeit in dem oben erwähnten Artikel:

„Auf Grundlage der demokratischen Republik erhebt der Sozialismus! ... Das Eigentum der großen Fabriksherren, Bergwerksbesitzer, die Kohle und Erz monopolisieren, den Kapitalbesitz der großen Banken und Handelshäuser, den Großgrundbesitz des Adels, der Kirche und Kapitalisten wollen wir dem Volke wiedergeben.“

Die reichen Mittel, die die Sozialisierung der Großindustrie, der Großbanken und des Großgrundbesitzes dem Staate zuführen wird, werden den Staat erst in die Lage versetzen, allen arbeitenden ein menschenwürdiges Dasein zu verschaffen.“

Auf Grundlage der demokratischen Republik ist nicht der Sozialismus, dafür aber

der Faschismus entstanden. Die Sozialdemokratie hat das Proletariat in den Umsturztagen von 1918 mit den bewaffneten Heimwehren (die damals unter der Regierung Renner gebildet wurden), die unter Führung der marxistischen Offiziere standen und der Wiener Polizei einerseits, andererseits mit sozialen Reformen und der betrügerischen Versprechung durch die Demokratie zum Sozialismus wieder in das Loch des Kapitalismus geworfen.

Alljährlich ruft die Sozialdemokratie das Proletariat am 12. November zur Feier der Republik.

Was hat die Arbeiterklasse von der „demokratischen“ Republik?

Sie brachte ihr statt der Sozialisierung — die Nationalisierung; statt der Enteignung der Bank- und Industriekapitäne, des Großgrundbesitzes und der Kirche die Enteignung des Mittelstandes durch die Inflation; Hunger und Not für die Arbeiterklasse; statt demokratische Volksrechte Polizeiwillkür, Unternehmer- und Heimwehrterror; statt menschenwürdiges Dasein der Schaffenden — Massenarbeitslosigkeit, Hungerlöhne, Steuerung, Massensteuern und Zölle; statt Enteignung der Kirchen — die Kongrua; statt politische Freiheit — faschistische Gewalt; statt Befreiung von der wirtschaftlichen Ausbeutung — rationalisierte Ausbeutung, Abbau der sozialen Rechte, die die Bourgeoisie damals, als sie vor der proletarischen Revolution zitterte, dem Proletariat zur Beruhigung, in den Schoß legte.

Die demokratische Republik war in ihrer Jungfräulichkeit (1918-1920) unter der Regierung Renner, Deutsch und Ebersch ebenso (wenn damals auch aus Angst vor der drohenden proletarischen Revolution noch in gemildeter Form) das Herrschaftssystem der besitzenden Klasse wie 1927-1930, wo sie offen den faschistischen Kurs eingeschlagen hat.

Und diese Republik, die am 15. Juni 1919 unter dem Kommando Ebersch und Schober mit dem Blute der revolutionären Arbeiter aus „der Taufe“ gehoben wurde, hat am 15. Juli 1927 dem Proletariat mit 90 Toten gelehrt, daß die demokratischen Rechte der Schaffenden in der Republik dort aufhören, wo der Profit anfängt.

Der republikanische Staat war es, der dem Proletariat das Antiterrorgesetz, die reaktionäre Verfassung, das reaktionäre Preßgesetz, das halbfaschistische Regime und den Hungertod aufzwang.

Die republikanischen Verträge sprechen Arbeitermörder frei, die republikanischen Behörden schügen die Unternehmer

gegen die Rechte der Arbeiter, die republikanischen Minister entwaffnen die Arbeiter und bewaffnen die Faschisten, die republikanische Regierung schenkt den Großgrundbesitz 96 Millionen Schilling „Kopier“ und will den Arbeitlosen die Unterstützung entziehen, die republikanische Staatsgewalt ist ein mit allen erdenklichen Mitteln und Waffen ausgerüsteter Schutzwall vor den Privilegien der herrschenden Klasse, die Republik ist der Staat der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse; gleichgültig, ob sozialdemokratische oder bürgerliche Minister regieren. Sozialdemokratische Minister haben - und das lehrt die Geschichte aller sozialdemokratischen Regierungen und Koalitionsregierungen - den bürgerlichen Staat und die Profit- und Wirtschaftsinteressen der Besitzenden nicht schlechter verwaltet als die bürgerlichen Regierungen.

Das Mitregieren im bürgerlichen Staat, kann sich für das Proletariat nur auf der Linie der kapitalistischen Interessen vollziehen; daher ist die sozialdemokratische Politik eine staatserkaltende, konterrevolutionäre Politik, die die Entwicklung in die Sackgasse des Faschismus treibt.

Das revolutionäre Proletariat muß am 12. November gegen den bürgerlichen Staat, gegen die bürgerlich-demokratische Republik, gegen den Faschismus - für die Mäterepublik, für die proletarische Revolution demonstrieren.

„Nur Geduld Genossen“.

Am 15. Juni 1930 schrieb die Arbeiter-Zeitung:

„Vor einigen Monaten noch hatte Herr Pabst geräumt, als faschistischer Speerführer den Marsch nach Wien zu kommandieren. . . . Aus dem Marsch nach Wien ist die Fahrt in eine Zelle des Polizeigefängnisses geworden. Der Traum der Diktatur verendet im Schubwagen. . . . Daß Schober und Schuny es heute wagen können (nämlich Pabst auszuweisen), ist ein Anzeichen, wie tief die Nacht und das Prestige der Heimwehren in den letzten Monaten gesunken sind.“

Und mit folgenden Worten schloß dieser Artikel:

„Nur Geduld, Genossen! Unsere Partei hat im letzten Jahre, um Volk und Land vor blutigen, wirtschaftszerstörenden Bürgerkrieg zu bewahren, manchem Kampfe ausweichen, manchmal ein Stück zurückweichen, oft eine Taktik wählen müssen, die vielen unserer Genossen allzu nachgiebig, allzu kompromißbereit, allzu vorsichtig erschien; aber die Früchte der Taktik unserer Partei beginnen zu reifen.“

Allzu rasch sind die Früchte dieser Taktik gereift. Das war im Juni. Schon im September war Starhemberg und Sueber Minister, dann wurde Strajella Generaldirektor der Bundesbahnen, die Parlamentskommission im Heeresministerium wurde verfassungswidrig aufgelöst, die Personalvertretungswahlen bei den Eisenbahnen gesetzwidrig verschoben und im November die Ausweisung des Herrn Pabst aufgehoben. Nicht gesunken ist durch die sozialdemokratische Kapitulationspolitik das Prestige der Heimwehren, sondern in einem von der Arbeiterklasse damals nicht für möglich gehaltenen Maße gestiegen ist das Prestige der Heimwehren. Sie sind Regierungspartei und ihre Minister leiten die von der Sozialdemokratie immer geforderte Entwaffnungsaktion. Freilich nicht die Entwaffnung der Faschisten, sondern der Arbeiterschaft. Wer von der sozialdemokratischen Abrüstungslozung etwas anderes erwartet hat, büßt seine Illusionen durch die Schläge, die der Faschismus dem Proletariat verjagt; das in seiner Verblendung noch immer der bürgerlichen

Sozialdemokratie folgt. Jener Sozialdemokratie, die 1926 den Schutzbund unter das Kommando von Baugoin stellen und das „Vaterland“ gegen die drohenden faschistischen Vandeneinfälle verteidigen wollte. Vor den faschistischen Banden im Inland, die die Grundrechte der Arbeiterklasse bedrohen, kapituliert die Sozialdemokratie; gegen die italienischen Faschistenbanden schickt sie die Arbeiter unter dem Kommando des Herrn Baugoin und Dr. Stumpf auf Schlachtfeld der „Ehre“. Ganz wie im Stahlbade von 1914-1918. Die Sozialdemokratie ist nicht immer pazifistisch, besonders dann nicht, wenn es um die Interessen des bürgerlichen Staates geht. „Wir wollen nicht, daß auch nur einem Kinde der Vater getötet wird“ . . . belehrt die Sozialdemokratie die Arbeiterschaft in ihrem Kampfe gegen den Faschismus im Inland; aber um dem Herrn Baugoin zum Kriegsspielen Soldaten geben zu können, sollen Hunderte und vielleicht Tausende von Proletariatskinder ihre Väter verlieren . . . Um gegen die faschistischen Banden des Auslandes wirksam kämpfen zu können, muß das Proletariat zuerst mit den faschistischen Banden im Inland aufräumen. Der Feind des Proletariats steht im eigenen Lande, um ihn zu besiegen, darf es keine Opfer scheuen.

Unser Manifest angeklagt.

Das von der kommunistischen Linksopposition herausgegebene Manifest (Nr. 33 des „Mahnruf“) hat den besonderen Mißfallen der Staatsanwaltschaft erregt. Die von uns herausgegebene Broschüre „Kampf der faschistischen Gewalt“ verfiel der Beschlagnahme, nachdem dieses Manifest unbeanstandet im Mahnruf erschienen ist. Erst nachträglich hat der Staatsanwalt auch gegen den Mahnruf die Anklage wegen Paragraph 305 erhoben. Diese Anklage ist ein einzig dastehender Willkürakt. Da sich die Anklage besonders auf Sätze mit programmatischem Inhalt stützt, ist diese Anklage die erste Brechse in die verfassungsmäßig gewährleistete Meinungs- und Versammlungsfreiheit und ist gleichbedeutend mit einem Verbot der Verbreitung der kommunistischen Idee. Gen. Daniel hat als verantwortlicher Redakteur des „Mahnruf“ die volle Verantwortung für den Inhalt des Manifestes übernommen.

Spendet Pressfond!

Freys Sumpfperspektive!

Dieser Artikel ist auf Wunsch internationaler Genossen in der letzten Nummer zurückgestellt worden.

Die Arbeiter-Stimme Nr. 60 ist in doppelter Beziehung ein Gradmesser für den ideologischen Verfall Freys. Seine politische Perspektive gipfelt in den Worten:

„Dank der Sozialdemokratie ist die Machtposition der Bourgeoisie so stark, sind die Machtpositionen des Proletariats so geschwächt, daß die aktiven bürgerlichen Elemente die Aufrichtung der faschistischen Diktatur nur noch als eine Frage betrachten, die ausschließlich von ihrem Willen abhängt.“

Wir erinnern uns noch alle, als die K. P. D. am Vorabend des 15. Juli von den „Ohnmachtsgefühlen“ der Arbeiter philosophierte und dann von der Massenstimmung, die zum 15. Juli führte, überrascht wurde und ohnmächtig den Ereignissen gegenüberstand. Kein Wunder, daß die Fatalisten des 33. dann den 15. Juli zum Aufstand hinaufkitzelten. Doch welch ein Fatalismus tiefsten Grades atmet aus der Perspektive, die Frey der revolutionären Elite gibt. Jedes Wort zeugt von Kleinmut und

Pessimismus. Der alte Hauptmann sieht nur grau und wieder grau. Für ihn gibt es keine marxistische Dialektik, er sieht nur „entwundene Machipositionen“, aber keine sozialen Prozesse. Nach Frey ist die Aufrichtung der faschistischen Diktatur, der blutige Staatsstreich, nur mehr vom Willen der aktiven bürgerlichen Elemente abhängig. Das Proletariat ist für ihn, dem alten Opportunisten, überhaupt kein Faktor mehr, mit dem die Bourgeoisie rechnet, denn es ist ja schon „so geschwächt“. Frey sieht nicht die Sprünge im Lager der herrschenden Klasse. Er boziert von taktischen Differenzen, die in Wirklichkeit politische Differenzen sind, geboren aus den tiefen sozialen Krisen, die die Gesellschaft erschüttern.

Grundlegende Erscheinungen, wie die Verwirrung im Lager der besitzenden Klasse, das Schwanken maßgebender Teile der Besitzenden (Notthilfs-Credit-Anstalt—Freie Presse), die den Bürgerkrieg im Falle eines Staatsreiches befürchten, all das existiert für Frey nicht. Er sagt: „In der Frage der faschistischen Diktatur ist sich die Bourgeoisie einig...“; und er sieht nicht die sich ständig zuspitzenden Widersprüche zwischen der objektiv revolutionären Lage und den Illusionen der Arbeiter.

Statt gegen die Illusionen anzukämpfen, statt den revolutionären Widerstand ideologisch vorzubereiten, wird Frey durch seine Sumpfperpektive das Opfer der Klassenillusion. „Jede Stimme gegen die Bourgeoisie erschwert die Aufrichtung der faschistischen Diktatur“, lehrt die Arbeiter-Stimme der Arbeiterklasse. Dieser Trost ist Frey geblieben. Das „so geschwächte“ Proletariat möge mit Stimmzettel den Sieg der drohenden faschistischen Diktatur „erschweren“.

Die objektive Entwicklung zum Faschismus verwechselt Frey mit dem subjektiven Wollen der verschiedenen Richtungen im Lager der Bourgeoisie zu den verschiedenen Etappen der Entwicklung.

„Eine nichtfaschistische Bourgeoisie gibt es in Oesterreich nicht“, jagt Frey und eskamotiert sie von der politischen Arena, denn sie paßt nicht in seine fatalistische Perspektive; und er glaubt, dadurch die Koalitionsillusionen der Arbeiter zerstören zu können. Frey klammert sich an die Formeln von gestern. Er sieht nicht, daß sich das demokratische Bürgertum im Laufe der Jahre im Schoße der SP. gesammelt hat und noch sammeln wird. Er hat noch nie darüber nachgedacht und daher nicht erkannt, daß die SP. diese bürgerliche Partei geworden ist, die er vermisst, und daß die werktätigen Massen, die heute noch im Lager der SP. stehen, also sich im Schlepptau der bürgerlichen Demokratie befinden, die Zukunft entscheiden werden. Um diese Massen ist der Kampf zwischen Kommunismus und Faschismus entbrannt.

Der erschrockene Kleinbürger sieht wie fasziniert auf die Stärke der herrschenden Klasse, er sieht ihre verschärfte Gewalt und erkennt nicht, daß die offene Gewalt das letzte Mittel der herrschenden Klasse ist. Bevor sie sich aber zu diesem letzten Mittel entschließt, durchläuft sie eine Etappe des Schwankens und Bögers und „verzinkt“ sich um die Alternative: für und wider. Eine solche Lage haben wir gegenwärtig.

Der erschrockene Kleinbürger fühlt sich unbehaglich angesichts des sozialen Vulkanismus, er glaubt, daß ihm höchstpersönlich der Boden unter den Füßen schwankt, während es die soziale Ordnung ist, die unter den Stößen der politischen Krise erzittert.

Der Kleinbürger Frey hat keine Ahnung von der revolutionären Tragweite der gegenwärtigen Entwicklungsstufe. Wie wäre es sonst möglich, daß er zwei Seiten seines Organs einem sozial entwurzelten Element zur Verfügung stellt; andererseits aber unser Drängen nach Vereinigung, angesichts der revolutionären Aufgaben, mit Mitteln bekämpft, zu denen eben nur ein Kleinbürger fähig

ist. In der Politik beurteilt man eben Menschen nicht als das — was sie sich ausgeben, sondern nach dem, was sie tun.

Was uns Arbeiter schreiben.

Kein Hungertüftler.

Die J. B. M. Graz hat dem Bauarbeiter Peter Jhinger unter dem Vorwand, er lehne jede Arbeitszuweisung ab und habe Gelegenheitsarbeit, die Unterstützung entzogen. Beides ist unrichtig. So geht es vielen und sie alle wehren sich nicht gegen diese Willkür.

Wahlterror.

Die Grazer Stalin Kommunisten Kasten und Grafic wurden verhaftet. Ein Kommunist aus Märten, der in Graz Wahlarbeit machte, wurde aus Graz ausgewiesen. Er arbeitet Starhemberg.

Heimwehrüberfall auf den „Vatikan“.

Nach einer Heimwehrversammlung in Eggenberg führten die mit Stahlhelmen ausgerüsteten Faschisten auf Autos durch die Innenstraße und machten, aufgepeitscht durch Starhembergs Entwaffnungsaktion, vor dem Parteihaus der sozialdemokratischen Partei (die Grazer Arbeiter nennen es Vatikan) in der Meißelgasse Halt, um es zu stürmen. Polizei drängte die Faschisten, die fortwährend Zugungetriebenen, zurück. Als die Polizei versuchte, einen ihrer „Selben“ zu verhaften, kam es zu scharfen Zusammenstößen mit der Polizei. Warum haben die SP. Bonzen die Polizei um Hilfe angerufen, warum haben sie sich nicht mit Stimmzetteln geschützt, wie sie es der Arbeiterklasse lehren, wenn sich diese mit der Faust zur Wehr setzen will? Wenn der Stimmzettel den Vormarsch des Faschismus aufzuhalten vermag, warum stellen sich die sozialdemokratischen National-, Landes- und Gemeinderäte nicht aufzur die das Parteihaus stürmenden Faschisten und auf und bombardieren dieselben mit den Stimmzetteln, die bei den Wahlen für sie abgegeben wurden?

Aus Voitsberg.

Auszahlungsmethoden der Firma Holzner.

Es vergeht kaum eine Woche, an der diese Firma (Bergbau) den vollen Lohn ausbezahlt. Ein Arbeiter, der die Nachzahlung seines restlichen Lohnes forderte, wurde entlassen. Sprechen die Betriebsräte bei der Betriebsleitung um den restlichen Lohn vor, wird ihnen geantwortet: „Das geht euch nichts an.“ Der Ingenieur Hornboßl, ein prämiierter Antreiber, frozelt die Arbeiter noch dazu, wenn sie auf ihren restlichen Lohn, den ihnen die Firma schuldet, verweisen. Da gibt es nur ein wirksames Mittel: Für soviel Lohn als die Firma auszahlt, wird gearbeitet und nicht mehr. Nur die Solidarität kann Abhilfe schaffen.

Wahlfondsausweis.

In der Zeit vom 23. September bis 5. November.

Finanz gesammelt S. 28.60, Ungenannte S. 17.92, N. N. 1.—, Lenz —.30, Krajer —.20, Flitsch 2.—, Ekmayer —.30, Arsch 10.—, Hode —.20, Greifoner —.30, Meisenbichler —.40, Lfner —.46, Beck —.20, Brandner —.20, Ekmayer —.20, Greiner —.20, Singer Anna —.50, Krajer —.18, Fauland 1.—, Taucher —.50, Ungenannt —.68, Neumaier —.20, Greifoner —.30, Landl —.38, Meisinger —.40, Berger —.20, Dirschmugl 1.—, Horwattitsch 1.—, Lenz —.20, Krajer —.20, Mannert —.30, Kollar —.50, Krajer —.20, Lenz —.30, Greiner —.20, Gröblbauer 3.—, Patenuisch —.50, Hertl —.30, Scheuchner —.20, Mitglb. —.60.

1. Wahlfondsausweis 157.30 S.

Das Wahlergebnis: Ein Durchbruch des offenen Faschismus.

Nach liegen uns nicht die Gesamtergebnisse der Wahlen vor. Eines ist jedoch klar: der offene Faschismus geht als der wirkliche Sieger aus dem Wahlkampf hervor, er hat seine Stimmenzahl vervielfacht. Fast

300.000 faschistische Stimmen

wurden am 9. November abgegeben. Davon entfallen auf den Heimatsblock rund 215.000 Stimmen und auf die Nationalsozialisten (Hitler Richtung) rund 80.000 Stimmen. Der Heimatsblock erreichte in Obersteiermark mit 28.000 Stimmen sein Grundmandat und zieht mit acht Abgeordneten ins Parlament ein. Die empfindlichen Verluste der Christlichsozialen Partei, die in Wien seit 1923 rund 55.000 Stimmen eingebüßt hat, haben keine Schwächung der bürgerlichen Front gebracht, da dieselbe Stimmenzahl in Wien nach rechts, zu den Nationalsozialisten (24.000) und dem Heimatsblock (26.000) abgewandert ist. Die Christlichsozialen ziehen im Nationalrat mit 66 Abgeordneten (gegen 73 im alten Parlament) ein. Die Sozialdemokraten haben zwar in Wien und Graz knapp 10.000 Stimmen gewonnen, dagegen in den übrigen Wahlkreisen 40.000 Stimmen verloren. Durch die Kunst der Wahlgeometrie gewinnt sie ein Mandat und verfügt jetzt über 72 Abgeordnete. Diese 40.000 Stimmen, die die SP. verliert, beweisen, wie tief der Faschismus bereits in die Arbeiterschaft eingedrungen ist. Die 10.000 gewonnenen Stimmen kommen ja aus dem Lager des Bürgertums. Knapp hat sich der Schoberblock behauptet, der mit 19 Mandaten (früher 21) ins Parlament einzieht.

Geradezu katastrophal ist das Wahlergebnis für die kommunistische Partei. In Wien hat die Partei zwar 3000 Stimmen gewonnen und auf ihre Liste 10.500 Stimmen vereinigt, aber diese Stimmenzahl steht noch weit hinter dem Ergebnis von 1923 und ist, gemessen an den objektiv günstigen politischen und sozialen Verhältnissen, eine glatte Pleite. Wir linke Kommunisten haben diesen Wahlausgang vorausgesehen. Wie konnte die Partei, die in den letzten drei Jahren ihren letzten politischen Einfluß eingebüßt hat, bei der Bilanz am Wahltag ein anderes Ergebnis erwarten. Um so schärfer müssen die Wahltriumphe, die die „rote Fahne“ in die Gehirne der Mitgliedschaft suggeriert hat, verurteilt werden. Ausprechen was ist. Die politische Führung der KPÖ. hat unter Leitung der Stalinbürokratie die Partei in den Abgrund gewirtschaftet. Und das Wahlergebnis ist die Antwort der Arbeiterschaft auf die Politik der KPÖ-Führung. Die großen Massen der radikalisierten Arbeiter haben ihre Stimme nur deshalb noch der SP. gegeben, weil ihr Mißtrauen zur KP-Führung größer ist, als ihre Enttäuschung mit der sozialdemokratischen Politik. Eine Parteiführung, die nicht einmal bei Betriebsrätewahlen eine richtige, den Interessen der Arbeiterschaft entsprechende Taktik einzuschlagen vermag, die bei jeden gewerkschaftlichen Kampf versagt, muß zwangsläufig, trotz der günstigsten objektiven Verhältnisse bei Wahlen ein Fiasko erleiden. Davor hat die KP-Führung auch die ganz reklamemäßige Aufzäumung des Wahlkampfes nicht verschont. Das bisherige Versagen der KPÖ. hat dem Faschismus den Einbruch in die Reihen des Proletariats ermöglicht. Die von der Sozialdemokratie enttäuschten Arbeitermassen wenden sich statt zur Partei der revolutionären Inverzicht, zum Faschismus, der Partei der lichterrevolutionären Verzweif-

lung. Mehr denn je ist es gerade jetzt die Aufgabe der linken Opposition, in die Reihen der Partei einzudringen, um die Partei auf die Höhe der ihr gestellten Aufgaben zu heben, um aus Stalinisten, wirkliche Kommunisten zu erziehen.

Im allgemeinen zeigt das Wahlergebnis (das wir in der nächsten Nummer noch ausführlich behandeln werden), daß die Sozialdemokratie den Höhepunkt ihres parlamentarischen Aufstieges überschritten hat und von rechts arg bedrängt wird. Die Monopolisierung des revolutionären Flügel der Arbeiterschaft ist das entscheidende Gebot der Stunde.

Das Grazer Wahlergebnis.

Das Wahleresultat in Graz ist in zweifacher Hinsicht bedeutungsvoll. Es gelang weder dem Schoberblock sein Grundmandat, noch den Christlichsozialen ihr zweites Mandat durchzubringen. Dagegen hat der Heimatsblock 20.000 Stimmen und die Nationalsozialisten 5000 Stimmen (645 im Jahre 1927) erhalten. Besonders in Graz ist die Pleite der Stalin-Kommunisten niedererschmetternd. Trotzdem wir linke Kommunisten restlos für die Liste der KP. eingetreten sind, haben die revolutionären Arbeiter unsere Forderung nicht befolgt. Die KP. erhielt im Wahlkreis Graz 666 Stimmen (587 im Jahre 1927), während wir linke Kommunisten bei den Gemeinderatswahlen (1929) von Graz allein schon 605 Stimmen erhielten. In der Stadt Graz erhielt die KP. überhaupt nur 335 Stimmen (205 im Jahre 1927), also weniger als die Hälfte, die wir und die KP. im Jahre 1929 bei den Gemeinderatswahlen erhielten (780 Stimmen). Die Ursache dieses Wahlergebnis liegt vor allem in der Abneigung der Grazer Arbeiterschaft gegen die KP. und Genossen, die alles, aber nur bei keinem Arbeiter ein Vertrauen zu erwecken vermögen. Bitter rächt sich die fraktionelle Halsstarrigkeit der Stalinisten, die sich weigerten, unsere Genossen auf die Kandidatenliste der Partei zu nehmen.

In Nummer 33 liegen Erlagscheine bei, für die Monate Oktober, November und Dezember 1930. Es werden die Provinzabonnenten ersucht, den Erlagschein auszufüllen und das Geld abzusenden, da wir den Drucker zahlen müssen. Die Verwaltung.

Leset die Broschüre:

„DiepermanenteRevolution“

von Leo Trotski

zu beziehen durch den Verlag

„Die Aktion“

in Berlin.

VERBREITET ÜBERALL

DEN

MAHNRUF

Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Karl Daniel, Metallarbeiter, Wien, 5. Bez., Gartengasse 1. — Im Auftrage der kommunistischen Opposition Oesterreichs (Linke Kommunisten): Verleger: Hans Thoma, Holzarbeiter, Wien, 2. Bez., Rossergasse 24. — Druck: „Adria“, Wien, 2. Bez., Laborstraße 52 b.